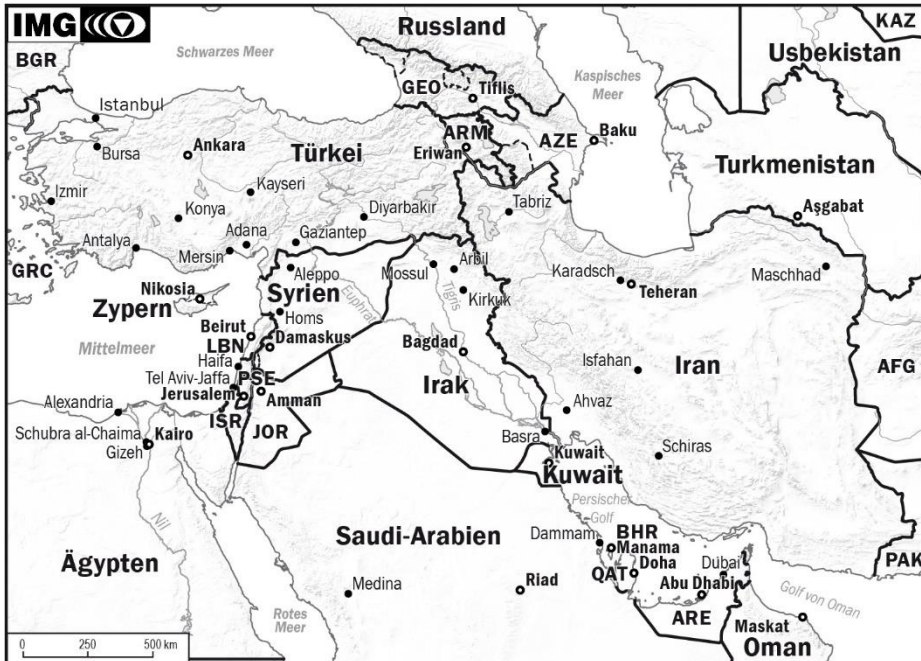


Staatliches Corona-Krisenmanagement zwischen Regime und Regierung: Iran und Türkei als Fallbeispiele

Walter Posch



Die Corona-Krise traf auf einen von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und militärischen Krisen geplagten Nahen Osten. Zum einen sind die Folgen der Kriege in Syrien und im Irak auch ohne Corona dramatisch genug und nahezu unlösbar. Das betrifft sowohl das militärisch-politische Patt auf strategischer Ebene als auch humanitäre Katastrophen wie das millionenfache Flüchtlingselend. Zum anderen schwächen militärische Krisen, wie jene im Jemen oder internationale Isolation, wie im Falle Irans, die Resilienz der betroffenen Staaten ebenso wie die notwendige internationale Kooperation gegen die Pandemie. Dessen ungeachtet, trat bisher keine erkennbare Veränderung in der Außen- und Sicherheitspolitik der meisten Staaten des Nahen

Ostens ein.¹ Dem scheint jedoch ein anderer Befund zu widersprechen, nämlich, dass die Corona-Krise das öffentliche Leben stark einschränkt bzw. ganz zum Erliegen bringt, was sich eigentlich auf die Politik eines Landes auswirken sollte. Im Folgenden sollen diese Widersprüche aufgelöst und gedeutet werden. Im Fokus liegen zwei ausgewählte Staaten am Rande des Mashregh, also der Region östlich Ägyptens, die aufgrund ihrer Bedeutung auch in den gesamten Nahen Osten wirken, nämlich die Türkei und der Iran.

Politische Charakteristik der Staaten im Nahen Osten

Die Staaten des Nahen Ostens werden in der Regel als „Rentenstaaten“ (*rentier states*) und als „Sicherheitsstaaten“ betrachtet. Beide Bezeichnungen müssen vorab definiert werden. Obwohl der Begriff „Rentenstaat“ seit einiger Zeit im akademischen Diskurs kritisiert wird, erfreut er sich in der politikwissenschaftlichen Literatur nach wie vor großer Beliebtheit.² Dabei wird der an sich vielschichtige Begriff simplifizierend darauf reduziert, die Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas als externe Rente (Produzentenrente) zu verstehen, im Gegensatz dazu würde die Bevölkerung auf ihr politisches Mitspracherecht verzichten und ihr Lebensstil durch die Öleinnahmen subventioniert werden. Sicherheitsstaaten³ wiederum verfügen über starke Militär- und Polizeiapparate, insbesondere starke Nachrichtendienste und eine politische Polizei, die hauptsächlich nach innen wirken und mehr der Überwachung und Kontrolle der eigenen Bevölkerung dienen als der Landesver-

¹ Einen guten Überblick gibt die folgende Studie: POMEPS (Project on Middle East Political Science), *The COVID-19 Pandemic in the Middle East and North Africa*, (POMEPS Studies 39) April 2020.

² Der Klassiker für diesen Begriff bleibt Giacomo Luciani und Hazem Beblawi (Hg), *The Rentier State*, London 1987, vgl. auch die folgende Arbeit von Anais Özyavuz und Dorothee Schmid, *Persistence and Evolution of the Rentier State Model in the Persian Gulf Countries*, (Notes d'IFRI), Paris 2015; Eine ausgezeichnete Aufarbeitung der gängigen Theorien sowie eine profunde Anwendung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes siehe bei Miriam Shabafrouz, *Liberalisierungsreformen in Iran. Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Diversifizierung eines erdölexportierenden Staates*, Marburg (zgl. Dissertation an der Uni Duisburg Essen) 2016.

³ Statt Sicherheitsstaat wird im englischen Sprachgebrauch gerne der Ausdruck „Pretorian State“ verwendet, vgl. Clement M. Henry und Robert Springborg, *Globalization and the Politics of Development in the Middle East*, Cambridge 2001; zum Verhältnis Wirtschaft, Politik und Sicherheitsapparat siehe die einschlägigen Abschnitte bei Alan Richards und John Waterbury, *A Political Economy of the Middle East*, Boulder 2008.

teidigung. Derartige Staaten werden auch oft als autoritär bezeichnet. Die politische Entmündigung der Bevölkerung ist das natürliche Resultat der Kombination beider Elemente, des rentenstaatlichen „Zuckerbrots“ und der sicherheitsstaatlichen „Peitsche“. In seiner reinsten Form traf diese Kombination auf das Kaiserreich Iran und den baathistischen Irak unter Saddam Hussein vor dem ersten Golfkrieg zu. Andererseits sind die zwei größten Staaten der Region, die Türkei und die Islamische Republik Iran, formal gesehen Demokratien, wenn auch äußerst defizitäre, welche reguläre Wahlen auf kommunaler und nationaler Ebene abhalten. In beiden Fällen werden demokratische Prozesse jedoch regelmäßig den Interessen des Sicherheitsstaates geopfert, d.h. den Interessen jener, die den Sicherheitsapparat kontrollieren und denen es möglich ist, ihre eigenen Interessen zur nationalen Sicherheit oder wenigstens im Sinne der nationalen Sicherheit zu erklären. Diese Eliten und vor allem die Art, wie sie ihre Macht formell (staatlich) und informell ausüben, wird in diesem Beitrag etwas simplifizierend „Regime“ genannt, ein Begriff, der in der Regel pejorativ und zum Zwecke der De-Legitimation von Machthabern oder Staaten angewandt wird. In vielen Fällen spielen oder spielten auch Ideologien eine bedeutende Rolle, sei es, als verpflichtendes Erklärungsmuster real existierender Verhältnisse oder als Rechtfertigung staatlicher Repressionen. In Summe bedeutet dies, dass „der Staat“ bzw. das „Regime“ sich weitgehend um die Belange der Bürger kümmert und wenigstens äußerlich die Fassade des Funktionierens bzw. der totalen Kontrolle aufrechterhalten muss. Damit bleiben erwartbare Krisen nicht Probleme der Regierungsführung, sondern werden umgehend zur Regimefrage und somit zur Machtfrage. Vor diesem Hintergrund soll versucht werden, die Auswirkungen der Corona-Krise anhand der beiden Fallbeispiele zu beurteilen.

Islamische Republik Iran

Die „Islamische Republik Iran“ war einer der Staaten, die am frühesten von der Corona-Krise betroffen waren. Die ersten Fälle wurden im Februar 2020 verzeichnet, dennoch hielten die Behörden die Parlamentswahlen vom 21. Februar ohne besondere Vorsichtsmaßnahmen ab. Ein weiterer Monat verstrich, in dem Behörden und Regierung über den richtigen Umgang mit der Seuche rangen. Zum persischen Neujahrsfest „Nouruz“ am 21. März wurden zwar Straßensperren und Reisewarnungen von den Gesundheitsbehörden angekündigt, die aber nur halbherzig umgesetzt und von der Bevöl-

kerung ohnehin weitgehend ignoriert wurden. Geschätzte 3-4 Millionen Iraner nutzten die zweiwöchige Urlaubszeit im Frühjahr für Verwandtschaftsbesuche in anderen Teilen des Landes, obwohl die Gesundheitsbehörden davor warnten. Erst ab April wurden neue, effizientere Maßnahmen eingeleitet, die bis heute anhalten.⁴

In- und ausländische Beobachter kritisierten die iranische Regierung von Anfang an für ihren Umgang mit der Seuche. Andererseits ist festzuhalten, dass global betrachtet die iranische Führung nicht die einzige war, die das Ausmaß der Seuche unterschätzte. Teheran ging dabei aber nie so weit wie manche westliche Politiker, die der Herdenimmunität das Wort reden. Dagegen sprach schon, dass führende Politiker und hohe Beamte aus dem Gesundheitsbereich selbst an COVID-19 erkrankten und sich des Risikos deshalb bewusst waren. So wurden in Teheran Plätze und öffentliche Anlagen schon im Februar regelmäßig desinfiziert sowie Imbisse und ähnliche Verkaufsstände geschlossen. Dass diese Maßnahmen unzureichend waren, steht freilich außer Zweifel. Ebenso wenig entsprach die Durchführung der Parlamentswahlen im Februar den notwendigen Standards für den Schutz gegen das Corona-Virus. Eine Verschiebung der Wahlen aus gesundheitspolitischen Gründen war ausgeschlossen, weil ein Präzedenzfall vermieden und stattdessen, politische Normalität im Lande suggeriert werden sollte.

Das war notwendig, weil der Beginn der Corona-Krise und die Parlamentswahlen von 2020 in eine Phase höchster Spannungen auf internationaler und innenpolitischer Ebene fielen. So häuften sich Beschwerden über die nicht eingehaltenen Reformversprechen der Regierung Rouhani und die Rolle der Korps der Gardisten der Islamischen Revolution (Revolutionsgarde) in Wirtschaft und Politik – und zwar nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch bei den Eliten selbst. In den Jahren zuvor, letztmals im November 2019, war es zu schweren sozialen Unruhen gekommen, die der Gesamtstaat und die Regierung zwar überstanden, die jedoch in ihrer Häufigkeit und Heftigkeit

⁴ Liora Hendelman-Baavur, „Iran and the Coronavirus. From Denial to National Mobilization“, in: Alexander Brakel (Hg), *The Coronavirus in the Middle East: State and Society in a Time of Crisis*, (KAS Konrad Adenauer Stiftung - Israel) Tel Aviv, Mai 2020, S. 19-22.

die Glaubwürdigkeit und somit interne Legitimation des gesamten politischen Systems – also des Regimes – in Frage stellten.⁵ Dann wurde am 3. Jänner 2020, der auch über die Grenzen des Landes hinaus bekannte, General Qassem Soleimani von den USA im Irak getötet. Die selbst für das Regime überraschende Sympathiewelle für den Getöteten überspielte für ein paar Tage die Krise und kurzfristig schien es, als ob es der Revolutionsgarde gelungen wäre, ihren Ruf in der kritischen Öffentlichkeit wieder herzustellen. Dies wurde jedoch mit dem versehentlichen Abschuss des ukrainischen Fluges UAPS 572 am 8. Jänner rasch wieder zunichte gemacht, denn die versuchte Verschleierung der Ursachen des Unglücks brachte die öffentliche und internationale Meinung schnell wieder gegen die Machthaber der Islamischen Republik auf.⁶ Erst vor diesem Hintergrund wird der verkrampfte Versuch verständlich, trotz Corona-Krise die Parlamentswahlen vom Februar 2020 ordnungsgemäß abhalten zu wollen. Dazu kam der politische Druck, unter dem sich die Regierung Rouhani befand.

Dieser wurde von einer einflussreichen und mächtigen Gruppe von Klerikern aus dem nordiranischen Mashhad aufgebaut, die zu den möglichen Verlierern der Rouhani-Reformen gehörten und deshalb ihre mediale, wirtschaftliche und politische Macht nutzten, um gegen die Reformregierung Rouhani Stimmung zu machen – unter anderem auch, indem sie seit einigen Jahren insgeheim die Proteste unterstützten, um die Regierung zu diskreditieren. Es verwundert also nicht, wenn aus diesem Eck die aggressivsten Kommentare über das Corona-Management zu hören waren. Die zweite Gruppe, aus deren Kreisen permanent gegen Rouhani Opposition betrieben wurde, war die Revolutionsgarde selbst. Dieser war aber klar, dass ihre starke Rolle in der Wirtschaft und ihre dominante Rolle im Sicherheitsapparat nur mehr schwer zu halten sein wird. So hatte der Revolutionsführer persönlich vor bald einem Jahrzehnt der Revolutionsgarde einen schmerzhaften Umgliederungs- und Restrukturierungsprozess verordnet. Dennoch hoffte sie,

⁵ Soziale Unruhen sind keine Seltenheit im Iran, seit 2017/2018 folgen sie jedoch einer neuen Dynamik, hierzu siehe Walter Posch, „Proteste im Iran und die Zukunft der Reformen“, IFK-Monitor, Jänner 2018. <https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/publikation.php?id=859>, Zugriff: 20.11.2020.

⁶ Walter Posch, „Versagen der Eliten“, in: *Zenith*, I/2020, S. 44-49.

möglichst viele ihrer Privilegien zu behalten und ihre Rolle in der Sicherheitsarchitektur des Landes, wenn möglich weiter auszubauen.⁷ Dies fiel ihr unter einer geschwächten Regierung leichter.

Allerdings war Kritik am Corona-Management der Regierung, wie sie aus den Reihen der von der Revolutionsgarde abhängigen Medien vorgebracht wurde, für das Kommando der Revolutionsgarde problematisch; betonten doch die Garde selbst immer wieder, ihre Rolle für das gesamtstaatliche Krisenmanagement und die nationale Resilienz. In diesem Sinne und im Schatten des blamablen Flugzeugabschusses vom Jänner genügte es nicht, wenn die Revolutionsgarde sich wieder als Truppe des zivilen Krisenmanagements inszenierte. Die Frage, wie die Revolutionsgarde ihren Part im staatlichen Krisenmanagement tatsächlich ausfüllte, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben. Dies deshalb, weil die Eindrücke, die ausländische Beobachter trotz strenger Medienzensur, aktiver Propaganda und mehr oder weniger glaubwürdigen Augenzeugenberichten erhalten, nur Rückschlüsse auf die allgemeine Lage – und diese ist dramatisch genug – nicht jedoch auf die Qualität des Zusammenwirkens der verschiedenen staatlichen Institutionen zulassen. Dessen ungeachtet lässt die Öffentlichkeitsarbeit der Revolutionsgarde Rückschlüsse auf ihr Selbstbild und ihre Rechtfertigungsstrategie⁸ zu: Seit Beginn der Krise rekurriert die Revolutionsgarde in ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf den langen Iran-Irak-Krieg. Der über Jahrzehnte aufgebauten Ikonographie des Krieges wurden ähnliche Bilder im Kampf gegen Corona gegenübergestellt. Damit werden zwei Ziele erreicht, erstens wird das islamistische Konzept vom allumfassenden Jihad wieder bemüht, nach dem der wissenschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt gleichwertig mit der militärischen Landesverteidigung sind. Zweitens jedoch wird die einzige Daseinsberechtigung der Revolutionsgarde als paramilitärische Einheit in Erinnerung gerufen: der lange Iran-Irak-Krieg. Der ikonographische Rückgriff

⁷ Zur Stellung der Revolutionsgarde im Rahmen der iranischen Sicherheitskräfte siehe „Der Sicherheitsapparat der Islamischen Republik Iran“, in: *Handbuch der Iranistik*, (herausgegeben von Ludwig Paul) Bd. 2 Wiesbaden 2017, S. 148-159.

⁸ Olmo Gözl und Kevin L. Schwartz, „Going to War with the Coronavirus and Maintaining the State of Resistance in Iran“, *MERIP*, 9. Jänner 2020. <https://merip.org/2020/09/going-to-war-with-the-coronavirus-and-maintaining-the-state-of-resistance-in-iran/>, Zugriff: 20.11.2020.

auf die Kriegszeit und damit seine Gleichstellung mit dem zivilen Kampf gegen Corona muss auch als Zeichen schwacher Legitimation gesehen werden, wie man es von sogenannten „zweiten“ oder „ideologischen“ Armeen erwarten muss.

Denn so wie im Krieg die Revolutionsgarde die Armee (als eigentlichen Wafenträger der Nation) nur unterstützen konnte, kann sie auch beim zivilen Kampf gegen Corona nur ergänzend zum existierenden – und maroden – öffentlichen Gesundheitssystem wirken. Die Revolutionsgarde interpretiert denselben Sachverhalt allerdings gegenteilig, indem sie auf die Unverzichtbarkeit und zentrale Bedeutung ihrer Organisation pocht.

Angesichts des dramatischen Verlaufes der Corona-Pandemie im Iran, der durch den Abschuss einer zivilen Passagiermaschine gezeigten militärischen Inkompetenz und allgemein der Verarmung und Verelendung der werktätigen Massen und des Bürgertums, stellt sich die Frage, inwieweit die Bevölkerung dem Regime noch folgt und ob, wie von westlichen, insbesondere amerikanischen Analytikern herbeigeschrieben, bald eine demokratische – sprich proamerikanische – Revolution die Verhältnisse im Iran grundlegend umgestalten könnte. Hierzu zwei Anmerkungen: erstens hat der Bruch des Nuklearabkommens durch den amerikanischen Präsidenten Donald Trump das prowestliche und mithin das rechtsstaatliche politische Lager im Iran nachhaltig geschwächt. So sehr die iranische Bevölkerung in anderen Punkten auch westlichen Lesarten folgt, so sehr lehnt sie den amerikanischen Vertragsbruch ab. Vor allem die negativen Auswirkungen der Sanktionen auf die medizinische Versorgung des Landes erbittern die iranische Bevölkerung als Hauptleidtragende.⁹ Zweitens ist die amerikanische Sanktionslogik fehlerhaft, weil sie den Staat Iran mit dem Regime gleichsetzt. In der Theorie sollte ein Rentenstaat wie die Islamische Republik Iran zusammenbrechen, sobald die Einkünfte aus den staatlichen Subventionsleistungen ausbleiben. Was dabei nicht bedacht wurde, ist, dass das Regime weiterhin intakt bleibt und sich

⁹ Vgl. Sima Sakhsari, „Doctors, Covid-19 Patients and Dilemmas of Treatment under Sanctions in Iran“, *MERIP*, 17. April 2020 <https://merip.org/2020/04/voices-from-the-middle-east-doctors-covid-19-patients-and-dilemmas-of-treatment-under-sanctions-in-iran/>. Zugriff: 20.11.2020.

rasch den veränderten Gegebenheiten anpasst. Der Niedergang oder gar Zusammenbruch des Staates, d.h. vor allem der staatlichen Institutionen, zerstört das Bildungs- und Gesundheitssystem, nicht jedoch den Sicherheitsapparat oder die wirtschaftliche Rolle der Regimegünstlinge. Ähnliches geschah in den 1980er Jahren im Irak, der damals ebenso seine Gebildeten und Technokraten ans Ausland verlor. Das Resultat war die sanktionsbedingte Stärkung des Regimes bei gleichzeitiger Erosion des Staates und der Gesellschaft. Ähnliches geschieht nun im Iran, wo die Mittelklasse seit geraumer Zeit das Land verlässt. Zurück bleibt eine materiell und kulturell verarmende Bevölkerung, die in immer größere Abhängigkeit zum Regime gerät. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist davon auszugehen, dass die COVID-19-Krise diese Abhängigkeit weiter verstärken wird. Ebenso, dass es der Revolutionsgarde gelingen wird, die eigene Rolle als Hauptstütze des Regimes zu konsolidieren und vermutlich nach den nächsten Präsidentschaftswahlen noch weiter auszubauen.

Türkei

Wie im Falle Irans trat auch in der Türkei die Corona-Krise auf eine sich verändernde Machtstruktur. Dies ist die Folge der von Recep Tayyip Erdoğan initiierten schrittweisen Umgestaltung des politischen Systems des Landes. Das betraf bzw. betrifft sowohl die außenpolitischen Aktivitäten der Türkei als auch die Innenpolitik. Letztere ist für die vorliegende Thematik relevant. Denn der Wechsel vom parlamentarischen zu einem Präsidialsystem führte zu einem Angleichungsprozess des europäisch konstruierten türkischen Systems an die Regime des Nahen Ostens, wo persönliche Beziehungen und Netzwerke sich über Institutionen hinwegsetzen und diese letztendlich absorbieren. Freilich gab es Klientelismus auch schon früher, aber dass die Familie und die Vertrauten eines Parteichefs alle Schlüsselpositionen in Regierung, Wirtschaft und Sicherheitsapparat innehaben, ist ein Novum, dessen Auswirkungen sich noch nicht absehen lassen. Bekanntlich wurde dieser Prozess durch den gescheiterten Putsch von 2016 verstärkt. Damals wurden unter der Anschuldigung, in den gescheiterten Putsch involviert gewesen zu sein oder der aus Sicht Erdogans abtrünnigen Fethullah Gülen-Bewegung anzugehören, nicht nur die Medien und Intellektuelle allgemein, sondern auch das Offizierskorps, die Presse und die Universitäten von unliebsamen und unbequemen Personen gesäubert. Das wirkliche Ausmaß und die Auswirkungen dieser Säuberungen wurden nie seriös erhoben. Dass diese

substanziell gewesen sein müssen, geht daraus hervor, dass nach einigen Monaten dringend benötigte Kampfpiloten wieder in den Dienst gestellt wurden. Gerüchtweise hieß es auch, dass mancherorts ganze Abteilungen in Provinzspitälern geschlossen wurden, weil die Belegschaft unter Gülenismus-Verdacht geriet. Vier Jahre später, im April 2020, demonstrierten entlassene Pfleger, Schwestern und Ärzte für ihre Wiederaufnahme in den Gesundheitsdienst, um angesichts der dramatischen Situation nach dem Ausbruch von COVID-19 in der Türkei helfen zu können. Bisher wurde diesem Ansinnen nicht nachgegeben.

In ihrer Selbstwahrnehmung hat die Türkei die COVID-19-Krise recht gut gemeistert.¹⁰ Das Land, das von Anfang an zu den am meisten betroffenen Staaten gehörte, setzte schon im Jänner einen wissenschaftlichen Corona-Beirat im Gesundheitsministerium ein. Im selben Monat wurden Thermal-kameras an den Flughäfen installiert und Flugreisende aus China einer genauen gesundheitlichen Kontrolle unterworfen, um sie nötigenfalls unter Quarantäne zu stellen. Im Februar wurden die Grenzen zum Iran geschlossen und Flüge nach China eingestellt. Weitere Maßnahmen erfolgten im März. Mit großer Genugtuung wiesen türkische Beobachter auf die hohe Testrate der Bevölkerung hin, wodurch es den Behörden möglich war, zielgerichtet vorzugehen und die tägliche Infektionsrate von 15% auf 9% zu verringern. Im Prinzip wandte die Türkei jedoch ähnliche Methoden wie die meisten anderen Staaten an: nach den ersten bestätigten Fällen im März d.J. – und wohl auch dem Beispiel mancher europäischer Staaten folgend – wurden Schulen und Universitäten sowie die meisten Cafés, Teehäuser und Gastronomiebetriebe geschlossen. Für die Generation der über 65-jährigen und später auch für die Altersgruppe der unter 20-jährigen wurde eine Ausgangssperre verhängt und es wurden Regeln für das soziale Abstandhalten im persönlichen Umfeld und in der Öffentlichkeit propagiert. Ebenso wurden über die 31 Metropolstädte des Landes, in denen drei Viertel der Bevölkerung leben, Ausgangssperren verhängt. Gleichwohl betonten die türkischen Behörden, dass die Industrieproduktion, Bauwirtschaft und Landwirtschaft weiterhin aktiv blieben, im Öffentlichen Dienst wurde teilweise Heimarbeit bzw. Telearbeit eingeführt, um die Weiterverbreitung des Virus einzuschränken. Von besonderer Bedeutung, um ein Szenario wie in Italien oder Spanien

¹⁰ TRT-World Research Center, „Managing the Pandemic: Turkey’s Multi-Pronged Response to Covid-19“, *Policy Outlook*, Ankara, Mai 2020.

zu verhindern, war die Quarantäne für 10.000 Pilger, die aus Saudi-Arabien zurückkehrten. Soweit von außen beurteilbar, liegt das Ausmaß der Rückschläge, der fehlgeleiteten oder zu spät getroffenen Entscheidungen und Versäumnisse in der Bekämpfung der Pandemie im europäischen Rahmen. Vor der Sommerpause äußerten sich türkische Regierungsvertreter daher vorsichtig optimistisch über den Verlauf der Pandemie. Sorgen bereitete ihnen der Sommertourismus, doch selbst hier zeigten sich regierungsnahe Beobachter vorsichtig zuversichtlich.

Ankara fühlte sich jedenfalls stark genug, um auch international Hilfe zu leisten. Die Türkei gewährte über 34 Staaten medizinische Hilfe, darunter auch EU-Mitgliedstaaten, Staaten des Westbalkans, Nachbarstaaten wie Iran, afrikanischen und asiatischen Ländern. Diese Art humanitärer Diplomatie der Türkei war für internationale Beobachter neu, folgt aber der Logik des stärkeren, internationalen Engagements des Landes. Regierungssprecher İbrahim Kalın betonte dabei, dass die humanitäre Hilfe nicht abhängig von guten politischen und diplomatischen Beziehungen sei. So wurde Israel und Palästina gleichermaßen geholfen, obwohl das Verhältnis zu Israel viel schlechter als noch vor einigen Jahren ist. Bemerkenswert bleibt, dass die Türkei in der Lage ist, diese Hilfe mit eigener Logistik und Organisation bewältigen zu können und das Land in dieser Hinsicht keinen Vergleich, z.B. mit China, scheuen muss. Doch wie im Falle Chinas wurde auch der Türkei bald vorgeworfen, politische Ziele unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe – oder humanitären Diplomatie – zu verfolgen. So mutmaßten einige Beobachter,¹¹ dass Ankara die medizinische Versorgung der vorwiegend syrischen Flüchtlinge im eigenen Einflussbereich nicht nur aus humanitären Gründen sicherstellt, sondern damit auch die Europäer subtil vor den Konsequenzen warnt, wenn die Türkei diese Hilfe einstellt. Nüchtern betrachtet stellt diese Art des politischen Drucks mittels humanitärer Hilfe für die Europäer keine wirkliche Gefahr dar, sondern ist eher als Beleg für die zentrale Rolle der Türkei, in der Bewältigung des syrischen Flüchtlingselends zu lesen.

Selbstverständlich beherrscht Ankara auch das Prinzip des „Tue Gutes und sprich darüber“ hervorragend. Besonders deutlich wurde dies bei den Repat-

¹¹ Siehe z.B. den folgenden Kommentar von Mustafa Saleh, „Turkey using Covid-19 outbreak in furthering its imperialist agenda“, *The Reference*, 30. März 2020. <https://www.thereference-paris.com/10879>, Zugriff: 20.11.2020.

rierungsflügen türkischer Staatsangehöriger.¹² Immerhin wurden 80.000 Staatsbürger aus allen Teilen der Welt in kurzer Zeit in die Türkei zurückgebracht, in Quarantäne gestellt und getestet. Zunächst sei klargestellt, dass an und für sich ein derartiges Unternehmen als positiver Leistungstest des Staates gesehen werden muss – trotz organisatorischer Probleme, insbesondere beim „social distancing“ der Flugpassagiere. Die Leistungen des Roten Halbmondes und der AFAD, der türkischen Katastrophenschutzeinrichtung, wurden auch von regierungskritischen Kreisen allgemein gelobt. Kritisiert wurde aber, dass die Behörden die Krise extensiv zur Selbstdarstellung nutzen. Schien anfangs die Werbung über die Effizienz des Staates, der sich um die Bürger kümmert, nur etwas dick aufgetragen, fiel bald die Systematik und Professionalität der public relations auf. Anders ausgedrückt, die durchaus geschätzte und für sich genommen gelungene Hilfe für den Bürger verpflichtete diesen, seinen Teil im Re-Branding des türkischen Staates unter Erdoğan zu spielen. Gern gesehen waren Bilder, in denen demütig-glückliche Bürger sich bedankten und ihre Segenswünsche für die Staatsführung und Nation aussprachen, denn der Staat opfert sich selbst für seine Bürger auf. Diese Umkehrung des klassischen Nationalismus, wo der Bürger sich für die Nation aufopfert, geht natürlich mit der Verpflichtung des Gehorsams gegenüber dem Staat, der durch eine einzige Person, nämlich den Präsidenten, verkörpert wird, einher.

Kritik an diesen Darstellungen wurde nur selten, meist von Intellektuellen, geäußert, aber selbst die Oppositionsparteien hielten sich im Großen und Ganzen zurück. Der Regierung war es nämlich weitgehend gelungen, glaubwürdig als Managerin der staatlichen Institutionen zum Wohle der Bürger aufzutreten. Wenn überhaupt kritisiert wurde, betraf dies einzelne Aspekte oder die seuchenbedingte Gesamtsituation, selten die Politik der Regierung. In der Tat wurde dem aus dem privaten Gesundheitsbereich stammenden Gesundheitsminister Fahrettin Koca noch im April attestiert, dass das privatisierte Gesundheitssystem seinen Beitrag zur Krisenbewältigung leistet. Seine Reputation litt jedoch Ende September, als bekannt wurde, dass die von der Türkei veröffentlichten Zahlen nicht den Standards der WHO ent-

¹² Ergin Bulut und Başak Can, „Rebranding the Turkish State in the Time of Covid-19“, *Middle East Research and Information Project*, 29. September 2020 <https://merip.org/2020/09/rebranding-the-turkish-state-in-the-time-of-covid-19/>, Zugriff: 20.11.2020.

sprachen und die Zahl der Infizierten somit deutlich höher als angegeben war.¹³ Das wog umso schwerer, als klar wurde, dass die im Vergleich zu anderen Staaten niedrigeren Infektionszahlen ein wichtiges Argument in der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung waren: allabendlich zwischen 19:00 und 20:00 Uhr wurde der türkische Erfolg im Kampf gegen Corona durch Pressemitteilungen und lange Statements aus Regierungskreisen gefeiert. Der Reputations- und Vertrauensverlust, den das türkische Gesundheitsministerium unter Koca in der eigenen Öffentlichkeit hinnehmen musste, wirkte sich auch international aus: Großbritannien verkündete, Einreisende aus der Türkei unter Quarantäne zu stellen. Doch die eigentliche Tragödie liegt woanders: im Umgang mit der türkischen Ärztekammer.

Im Gegensatz zu Österreich, wo die Kammern Körperschaften des öffentlichen Rechts mit Behördencharakter sind, ist die türkische Ärztekammer TTB (Türk Tabipler Birliği) eine reine Interessensvertretung. Die Angehörigen der Ärztekammer hatten zuvor ihre Kritik sachlich und fernab der Öffentlichkeit vorgetragen.¹⁴ Ihre einzige öffentliche Aktion bestand darin, schwarze Bänder zu tragen, um auf die steigenden Fallzahlen im Lande aufmerksam zu machen und die Öffentlichkeit zur Sorgfalt aufzurufen. Damit störten sie jedoch das von der Regierung sorgsam aufgebaute Bild der Regierung (bzw. des Staates) und der ihr nahestehenden Privatwirtschaft als Manager und Wohltäter. Für die Regierung bedeutete dies nun eine doppelte Provokation, nicht nur, dass im Gegensatz zu allen anderen Krisen die „message control“ vollständig verloren ging, sondern auch, dass die TTB der Bevölkerung in Erinnerung rief, dass es noch unabhängige und glaubwürdige Institutionen im Lande gibt, auf die das System Erdoğan keinen Zugriff hat. Die heftige Reaktion der Herrschenden, genauer des Vizepremiers Devlet Bahçeli, lässt sich nur vor diesem Hintergrund verstehen: er forderte die Auflösung der Ärztekammer, der er marxistische Umtriebe und regierungsfeindliche Propaganda vorwarf. Was Bahçeli von der Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) und den Bündnispartner Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) vor allem provoziert, ist die Tatsache, dass sie kaum Unterstützer unter der Ärzteschaft

¹³ Nuriye Ortaylı, „Koronavirüs: kontrol etmenin yolu gerçekle barışmak“, *YetkinReport*, 6. Oktober 2020. <https://yetkinreport.com/2020/10/06/koronavirus-kontrol-etmenin-yolu-gercekle-barismak/>, Zugriff: 20.11.2020.

¹⁴ Ruşen Çakır, „İktidarın tabipleri hedef almasının nedenleri ve anlamı“, *MediascopeTV*, 17. September 2020. <https://mediascope.tv/2020/09/17/iktidarın-tabipleri-hedef-almasının-nedenleri-ve-anlamı/>, Zugriff: 20.11.2020.

haben und diese Institution ihre Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit bis heute bewahren konnte. Es gibt also, im Gegensatz zur Anwaltskammer (*baro*), deren Präsident Metin Feyzioglu aktiv in die Demontage seiner eigenen Institution und ihre Wiedergründung im Geiste Erdoğan's betrieb, niemanden, der sich bereit erklärte, die Ärztekammer auf Linie zu bringen.

Bahçelis Forderung nach Auflösung der Ärztekammer, der überzogene Vorwurf des Separatismus – ein Standardvorwurf aus MHP-Kreisen, deren Feindbild-Ideologie des Separatismus bedarf – und schließlich der Wunsch der Regierung nach einer regierungsfreundlichen neuen Ärztekammer stehen in der Logik der laufenden Gleichschaltungen aller Institutionen des Landes. Zwar wurden immer schon öffentliche Posten nach politischen Kriterien vergeben, doch konnten sich der türkische Staatsapparat und die Interessensverbände immer auf eine professionelle Beamtenschaft und Funktionärschicht abstützen. Postenbesetzungen nach politischer Willkür gab es in diesem Ausmaß wie es heutzutage der Fall ist, relativ selten in der Türkei, letztmals Ende der 1970er Jahre. So gesehen mussten die Machthaber die stille Mahnung der Ärztekammer angesichts der Corona-Krise als politischen Widerstand deuten. In den nächsten Monaten wird sich zeigen, ob auch diese Institution im Sinne der neuen Türkei umgestaltet werden wird.

Schlussfolgerung

Der Blick auf den Umgang mit der Corona-Pandemie zweier wichtiger Regionalmächte des Nahen Ostens, die über etablierte und im Rahmen ihres ideologischen Systems funktionierende demokratische Institutionen und über eine kritische Öffentlichkeit verfügen und deshalb vergleichbar sind, legte folgende Entwicklung offen:

Erstens ist in beiden Staaten eine Stärkung autoritärer Tendenzen festzustellen, bei der die Kontrolle über die öffentliche Meinung und mithin über das Management der Krise durch die Regierung bzw. die sie unterstützenden/benutzenden Kräfte (Koalitionspartner, Revolutionsgarde) sofort zur Macht- und Regimefrage wird. Hierbei ist jedoch festzuhalten, dass der Drang zum Autoritarismus schon vor der Corona-Krise manifest war und sich unabhängig von ihr, rein machtpolitischer Logik folgend, entwickelt.

Der Blick auf die Corona-Krise zeigt, zweitens, eine weitere Übereinstimmung zwischen beiden Staaten, nämlich den Klientelismus. Dieser ist essenziell für die Funktionsweise eines „Regimes“, also außerstaatlicher Kräfte, die im Staat verankert sind.

Anders ausgedrückt: wer den Herrschenden nahesteht, verdient an jeder Krise. Und das, obwohl die Wirtschaftssysteme grundsätzliche Unterschiede aufweisen. So bleibt der Iran ein Rentenstaat in Dauerkrise und die Türkei bleibt von ihrer Westbindung trotz Marktdiversifizierung abhängig. Am deutlichsten wird der Klientelismus in der Türkei: Es ist kein Zufall, dass der türkische Gesundheitsminister eine Kette von Krankenhäusern und Kliniken besitzt und im Vorstand mehrerer Privatspitäler sitzt.

Hierin liegt nun, drittens, auch der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Staaten: in der Rolle des Staates und hierin in der Rolle der Sicherheitskräfte. Die von der EU betriebene Marktliberalisierung der letzten Jahrzehnte schuf jenen privaten Sektor in der Türkei, dessen Nutznießer unter anderem Fahrettin Koca ist. Blicken wir auf das türkische Corona-Management, so fällt die fehlende Rolle der Streitkräfte auf. Zunächst sind diese mit Syrien, Irak, Libyen und dem östlichen Mittelmeer anderweitig beschäftigt, doch dass ihre wichtige Rolle für den Transport der Hilfsgüter in aller Herren Länder nur am Rande erwähnt wird, erstaunt einigermaßen und lässt sich nur als Paradigmenwechsel in den Machtverhältnissen lesen: die zivile Führung hat das Land nun tatsächlich im Griff. Man vergleiche hierzu die Rolle der Revolutionsgarde im Iran, die als politische zweite Armee nach wie vor großen Einfluss ausüben kann. Geht man von der iranischen Regime-Propaganda aus, scheint es so, als ob sie die einzige Institution im Lande wäre, die ernsthaft und mit Erfolg die Krise bekämpft. Erst jüngst erklärte General Mohammad Reza Naqdi¹⁵ von den Basidsch, dass nur jene Regierungen, die mit der Revolutionsgarde kooperierten, in der Lage waren, das Land während und nach dem Krieg zu entwickeln.

¹⁵ Siehe das folgende Interview mit General Naqdi: کارشکنی‌ها و نفوذها در سیستم اقتصادی مهم‌تر از تحریم است/ اگر دولت‌ها با سپاه و بسیج همراه می‌شدند در اقتصاد به خودکفایی می‌رسیدیم» *Mashreghnews*, 9. Mehr 1399/30. September 2020. <https://www.mashreghnews.ir/news/1124642>, Zugriff: 20.11.2020.

Damit ergibt sich, viertens, die Möglichkeit einer Definition: Im Falle des Iran ist es am einfachsten. Dieser lässt sich schon aufgrund der Notwendigkeit, sofort auf den Sicherheitsapparat und nicht auf zivile Institutionen zurückgreifen zu müssen, als „Sicherheitsstaat“ qualifizieren, ungeachtet seiner wie auch immer gearteten demokratischen Strukturen. Die Türkei unter Erdoğan hingegen lässt sich mit dem von Ivan Krastev geprägten Oxymoron einer „autoritären Demokratie“ beschreiben.